

Betreff:

Durchgangsverkehr im Dichterviertel - Prüfung weiterer Lösungsvarianten und Bürgerbeteiligung (SPD)

Antragstext:

Antrag der SPD-Fraktion:

1. Der Magistrat wird - wie von Dez. V in der Sitzung des OBR Südost in der Sitzung am 25.02.2021 angeboten - gebeten, drei weitere Lösungsvarianten zu prüfen und hierzu Stellung zu nehmen:

a) Sperrung jeweils eines Teilstücks der Klopstockstraße und der Wielandstraße am Kastanienplätzchen, so dass der Verkehr in beide Fahrrichtungen nur jeweils vom 2. Ring über die Wielandstraße zur Klopstockstraße zurück auf den 2. Ring verläuft und umgekehrt (siehe Anlage 1) bzw. vom 2. Ring über die Wielandstraße zum 1. Ring nur über größere Umwege durch die Seitenstraßen. Der Durchgang am Kastanienplätzchen soll durch absenkbare Poller mit Transponder nur für den Bus, die Müllabfuhr und Einsatzfahrzeuge gesichert werden, wodurch auch die Aufenthaltsqualität auf dem Kastanienplätzchen aufgewertet wird.

b) Umwandlung des „Straßendreiecks“ um das Kleistplätzchen sowie des Teilstücks der Klopstockstraße vom Kleistplätzchen bis zur Hebbelstraße in einen verkehrsberuhigten Bereich (Verkehrszeichen 325.1/325.2), so dass Fußgänger die Straße in ihrer ganzen Breite benutzen dürfen, Kinderspiele überall erlaubt sind und der Fahrzeugverkehr Schrittgeschwindigkeit einhalten muss (siehe Anlage 2). Bei dieser Variante vergrößert sich das Kastanienplätzchen zumindest optisch und das Umfeld wird zudem verkehrsberuhigter.

c) Lösungsvariante eines engagierten Anwohners (siehe Anlage 3, E-Mail vom 26.02.2021)

2. Der Magistrat wird gebeten, für das weitere Verfahren zur Lösungsfindung für das Problem „Durchgangsverkehr im Dichterviertel“ die Stabsstelle Wiesbadener Identität, Engagement, Bürgerbeteiligung zu beauftragen, dies aktiv mit den Anwohner*innen, den Mitgliedern des OBR Südost und den Fachämtern zu gestalten. Hierbei sollen auch die im Dichterviertel wohnenden und die hier in die Kita oder zur Schule gehenden Kinder und Jugendlichen beteiligt werden, da sie unmittelbar von entsprechenden Entscheidungen betroffen sind, so dass eine Neuordnung des Verkehrs zur Entschärfung des damit einhergehenden Gefahren- und Belästigungsmoments nicht denkbar ist ohne deren Mitwirkung.

Begründung:

Zu 1) Die vom Dez. V in der Sitzung am 25.02.2021 vorgestellten Lösungsvarianten K-0 bis K-6 führen zu einer Mehrbelastung der Raabestraße und der Hebbelstraße, d. h. von Straßen, die dem Schulweg zur Hebbelschule und Mittelstufenschule im Dichterviertel dienen und wo in absehbarer Zeit für einen längeren Zeitraum zusätzlich auch noch viel Baustellenverkehr im Zusammenhang mit der baulichen Erweiterung der Schulen an der Raabestraße entstehen wird. Des Weiteren müssten insbesondere bei der Variante 6 auch die Anwohner*innen erhebliche Umwege in Kauf nehmen.

Deshalb wird - wie von Dez. V in der Sitzung des OBR Südost in der Sitzung am 25.02.2021 angeboten - um Prüfung und Stellungnahme hinsichtlich der aufgeführten weiteren Lösungsvarianten gebeten.

Antrag Nr. 21-O-05-0011

SPD

Zu 2)

Alle denkbaren Varianten zur Reduzierung des Durchgangsverkehrs im Dichterviertel haben unmittelbare oder mittelbare Auswirkungen auf das Umfeld und damit auf die Wohn- und Lebensqualität der Anwohner*innen, so dass zur Erreichung einer möglichst breiten Akzeptanz der gefundenen Lösung die Durchführung eines Bürgerbeteiligungsverfahrens angezeigt ist.

Die Stadt Wiesbaden setzt sich seit geraumer Zeit für Kinder- und Jugendrechte ein, die mit der Ratifizierung der UN-Kinderrechtskonvention im Jahr 1992 auch zu Bundesrecht geworden sind. Seit 2018 sind Kinderrechte zudem in die Hessische Landesverfassung enthalten. Schutz, Förderung und Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in allen sie betreffenden Belangen ist damit kein großmütiges Zugeständnis, sondern gesetzlich verpflichtend.

Daher ist die explizite Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen als Mitbetroffene angezeigt, wenn es darum geht, die Verkehrssituation insbesondere der Wielandstraße und der Klopstockstraße als informeller Verbindung zwischen erstem und zweitem Ring und dem damit einhergehenden Gefahren- und Belästigungsmoment zu entschärfen.

Konzeptvorschläge zu Beteiligungsmöglichkeiten in Schulen, Kitas und anderen Kinder- und Jugendbegegnungssituationen/orten können gemeinsam mit der Stabsstelle erarbeitet werden.

Wiesbaden, 20.04.2021